

Call for Proposals

Die Treffsicherheit von EU-Handelsverteidigungsinstrumenten und Wirtschaftssanktionen

Zeitplan:	Einreichfrist Proposals:	29. September 2021
	Beauftragung:	Mitte Oktober 2021
	Zwischenbericht:	Dezember 2021
	Fertigstellung:	März 2022

Sprache: Deutsch oder Englisch

Budget: 15.000 Euro inkl. USt

Hintergrund und Problemaufriss

Während ein offenes und regelbasiertes Handelssystem Kernstück der EU-Handelspolitik ist, sollen für alle Beteiligten einheitliche Wettbewerbsbedingungen und Chancengleichheit gelten. Um dieses Level Playing Field sicherzustellen, stehen der EU unterschiedliche Instrumente zur Verfügung. Auf der einen Seite sollen handelspolitische Schutzinstrumente (TDI) - Anti-Dumping-, Anti-Subventions- und Schutzmaßnahmen - verzernte Wettbewerbs- und Preisstrukturen ausgleichen und so unlauteren Handelspraktiken entgegenwirken. Jüngste Zahlen der Kommission zeigen, dass Ende 2020 101 Antidumping-, 18 Antisubventions- und 3 vorläufige Schutzmaßnahmen der EU in Kraft waren - der höchste Wert seit zehn Jahren.

Auf der anderen Seite sind Sanktionen ein Instrument der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und sollen Konflikte verhindern, auf Krisen reagieren oder Demokratie fördern. Die Bandbreite reicht dabei von Waffenembargos über das Einfrieren von Vermögenswerten und Ein- und Ausfuhrverboten bis hin zu personenbezogenen Reiseverboten - der Großteil der derzeit 40 Sanktionsregimen der EU hat also oft direkte, meistens aber zumindest indirekte wirtschaftliche Aspekte. Unabhängig von der Wahl der Maßnahme muss jedoch immer mit negativen wirtschaftlichen Auswirkungen auf jene Länder oder Gemeinschaften, die sie verhängen,

gerechnet werden. In vielen Fällen kommt es zu einer Verschärfung ohnehin bestehender (diplomatischer) Spannungen, die bis hin zu Handelskriegen eskalieren können.

Während es sich bei beiden Möglichkeiten also um grenzüberschreitende Maßnahmen aus (handels)politischen Gründen handelt, so sind es doch zwei gänzlich unterschiedliche Instrumente mit unterschiedlichen Herangehensweisen und Zielsetzungen. Die internationale Diskussion zur Thematik spielt sich bis dato jedoch größtenteils in einem außenpolitischen Rahmen ab, eine wirtschaftspolitische Sichtweise ist unterrepräsentiert. Dies zeigt sich auch bei der Entscheidungsfindung innerhalb der EU, wo Mitgliedstaaten oft bei der Verhängung von Sanktionen zurückhaltend sind, der Inkraftsetzung von TDI aber zustimmen. Zu erwarten ist in jedem Fall, dass aufgrund steigender geopolitischer Rivalitäten die Popularität beider Instrumente in der Zukunft weiter steigen wird.

Während Forschung zum Thema sowohl institutionell als auch in den Mitgliedstaaten etabliert ist, ist wenig über die konkreten Auswirkungen - sowohl für die verhängenden Staaten als auch die Empfänger - bekannt. Eine Betrachtung möglicher zukünftiger Ausgestaltungen von TDI und Sanktionen im Spannungsfeld zwischen strategischer Autonomie und Protektionismus fehlt ebenfalls.

Im Rahmen einer Studie soll daher einerseits die direkten wirtschaftlichen Auswirkungen von handelsverteidigenden Instrumenten auf die europäische und die österreichische Wirtschaft erforscht werden. Andererseits sollen Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, wie durch die Ausgestaltung dieser Instrumente die Treffsicherheit erhöht werden und der wirtschaftliche Schaden auf die EU bzw. Österreich möglichst gering gehalten werden kann.

Mögliche Forschungsfragen

- Übersicht über den Stand der Forschung und aktuelle geopolitische Entwicklungen
- Abschätzung der zukünftigen Tendenzen, Identifizierung von red lines
- Untersuchung der Treffsicherheit von TDI und Wirtschaftssanktionen (gewünschte Auswirkungen) der EU
- Untersuchung direkter und indirekter negativer Auswirkungen von TDI und Wirtschaftssanktionen auf die EU-Mitgliedstaaten
- Möglichkeiten der Ausgestaltungen von TDI und Wirtschaftssanktionen, um die Treffsicherheit zu erhöhen und negative Auswirkungen auf die EU-Mitgliedstaaten möglichst gering zu halten

Ergebnisse / Relevanz

Die Studie soll Strategien aufzeigen, wie die EU ihre handelspolitischen Schutzmechanismen möglichst treffsicher ausgestalten kann. Daraus sollen konkrete Handlungsempfehlungen für die österreichische Positionierung bei der EU-Handelspolitik abgeleitet werden, die bei einer hohen Effizienz die negativen Auswirkungen auf heimische Unternehmen möglichst gering halten.

Impressum

Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Stubenring 1, 1010 Wien

Wien, 2021. Stand: 9. September 2021

Abt. III/7 Handels-sowie wettbewerbspolitische Analysen und Strategien

Telefon: +43 1 711 00-805456

E-Mail: POST.III7_19@bmdw.gv.at.